

Coesfeld braucht...

MEHR GRÜN, MEHR MITSPRACHE

Ortsverband Coesfeld



Mehr Grüne ins Rathaus

**Für eine ökologische nachhaltige grüne Kommunal-
politik**

Programm zur Kommunalwahl 2004

Das Programm zur Kommunalwahl wurde in mehreren Arbeitsgruppen erarbeitet.

Inhaltsverzeichnis:

Anrede	Seite 1
Alle Wahlkreise und KandidatInnen auf einen Blick	Seite 2
Umwelt, Planen und Bauen	Seite 3 und 4
Jugend, Familie, Senioren und Soziales	Seite 5 und 6
Schule, Sport und Kultur	Seite 7 und 8
Bezirksausschuss Lette	Seite 9 und 10
Energie vor Ort	Seite 11 und 12
Aus der Region frisch auf den Tisch	Seite 13 und 14
Frauen mit an die Macht	Seite 15
Finanzrahmen zukunftsfähig gestalten	Seite 16
Kommunale Wirtschaftspolitik	Seite 17
Neue Mehrheiten für Coesfeld	Seite 18
Schlusswort	

Herausgeberin :
Ortsverband Coesfeld - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
V.i.S.d.P. Erich Prinz, Kreienkamp 8, 48653 Coesfeld
Tel-02541-70517 Fax-02541-981449
Email coe.gruene-Prinz@t-online.de
Homepage: www.gruene-coesfeld.de

Druck: Lammers Druck, Coesfeld
Gedruckt auf Umweltschutzpapier

Mehr Grüne ins Rathaus

Liebe Bürgerinnen und Bürger

Am 26. September haben Sie die Möglichkeit durch Ihre Stimmabgabe die Karten für die Zusammensetzung des Coesfelder Stadtparlamentes neu zumischen.

Ihre Stimmabgabe entscheidet mit ob in Coesfeld weiterhin die Mehrheitsfraktion der CDU das Sagen hat, oder ob wir in Coesfeld endlich andere Mehrheitsverhältnisse erhalten.

Die seit jahrzehnten herrschende CDU-Mehrheit hat sich von der Basis weit entfernt und Bürgerbeteiligung findet nur noch auf dem Papier statt.

Die FDP hat bis auf sehr wenige Ausnahmen immer nur den kleinen Zustimmungspartner der CDU gespielt, die SPD ist ihrer Rolle als konstruktive Oppositionspartei nicht gerecht geworden und Pro Coesfeld muss sich erst noch im politischen Alltag bewähren.

Die Anwesenheit einer möglichst starken Grünen Fraktion ist also nötiger den je.

Die „kleine grüne Truppe“ hat in der Vergangenheit versucht ökologische, nachhaltige Kommunalpolitik in Coesfeld umzusetzen.

Dies ist natürlich bei den seit Jahrzehnten bestehenden Mehrheitsverhältnissen nur selten möglich gewesen.

Wir möchten auch in den nächsten 5 Jahren versuchen unsere kommunalpolitischen Vorstellungen zu verwirklichen.

Wahlversprechen werden wir nicht geben können, weil uns einerseits dafür die politische Mehrheit fehlt und andererseits so manches Projekt aufgrund der leeren Kassen schwer zu verwirklichen sein wird.

Dieses vorliegende Wahlprogramm ist dafür gedacht Ihnen unsere kommunalpolitischen Vorstellungen und Visionen nahe zu bringen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und hoffen, dass Sie uns am 26. September ihre Stimme geben.

Ihr Erich Prinz
Ortsverbandssprecher

Mehr Grüne ins Rathaus

Wahlkreise und KandidatInnen auf einen Blick

Wahlbezirk 1	Elfi Diesner , Osthellenweg 9
Wahlbezirk 2	Wolfgang Skornitzke , Wetmarstr. 26
Wahlbezirk 3	Claudia Jansen , Gaupel 20
Wahlbezirk 4	Serenella Chmiel , Am Niesing 20
Wahlbezirk 5	Norbert Vogelpohl , Buddenkamp 32
Wahlbezirk 6	Kurt Schulenkorf , Landweg 76
Wahlbezirk 7	Daniel Rieger , Landweg 56 a
Wahlbezirk 8	Ludger Kämmerling , Alice-Salomon-Weg 29
Wahlbezirk 9	Erich Prinz , Kreienkamp 8
Wahlbezirk 10	Charlotte Ahrendt-Prinz , Kreienkamp 8
Wahlbezirk 11	Paul Diesner , Osthellenweg 9
Wahlbezirk 12	Doris Vogt , Wahrkamp 15
Wahlbezirk 13	Janusz Skornitzke , Wetmarstr. 26
Wahlbezirk 14	Frank Chmiel , Am Niesing 20
Wahlbezirk 15	Ingrid Borgert , Landweg 56 a
Wahlbezirk 16	Peter Jansen , Gaupel 20
Wahlbezirk 17	Irmgard Potthoff , Letter Berg 28 a
Wahlbezirk 18	Rudolf Averkamp , Sirksfeld 21
Wahlbezirk 19	Martin Potthoff , Letter Berg 28 a

Mehr Grüne ins Rathaus

Umwelt, Planen und Bauen

Stadtplanung, und -entwicklung muss, aus Sicht der Coesfelder Grünen, nachhaltig so gestaltet werden, dass die Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen erhalten oder wieder hergestellt werden.

Die BürgerInnen sollen rechtzeitig informiert und an den jeweiligen Planungen beteiligt werden. Der Umweltschutz hat in Coesfeld, dank der Grünen, schon einen hohen Stellenwert, aber er muss noch stärkere Beachtung finden. Als Beispiel sei genannt der Verzicht auf den Einsatz von Herbiziden bei der Pflege der städt. Grünflächen.

Wir wollen den Flächenverbrauch im Außenbereich möglichst gering halten, um wertvolle Natur- und Freizeitbereiche zu erhalten. Stattdessen fordern wir die Reaktivierung vorhandener städtischer Flächen für Wohn-, -und Gewerbebebauung.

In ihrer Grundsubstanz gut erhaltene Gebäude sollten vorrangig vor Neubauten, für öffentliche Einrichtungen saniert und genutzt werden. Der Marktplatz ist attraktiver zu gestalten, z. B. mobile Kübelbepflanzung, Fassadenbegrünung und attraktive Ladenlokale würden diesen schönen Platz mehr Leben geben. Die Berkel soll im Innenstadtbereich wieder sichtbar werden. Im Sinne der Wirtschaftsförderung und der Belebung des Stadtzentrums sollte der Bahnhofsbereich mit dem historischen Stadtkern eine funktionale Einheit bilden und mit einer attraktiven Fußgängerzone verbunden werden.

Die Erweiterung der Kupferpassage auf dem Post-Areal werden wir unterstützen. An der Dülmener Str. konzentriert nur Fachhandel anzusiedeln, sehen wir inzwischen aus wirtschaftspolitischen Gründen und den verkehrstechnischen Problemen als kritisch an. Sinnvoll wäre es auch, an der Borkener Str. eine verstärkte Einzelhandelsnutzung zuzulassen.

Wir werden weiterhin daran arbeiten, dass Coesfeld hoffentlich bald ein Kino erhält. Wir begrüßen die seit kurzem vom Land eingeführte Schulpauschale. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, da hiermit die Sanierung der Schulgebäude langfristig sichergestellt wird.

Mehr Grüne ins Rathaus

Verkehrspolitik ökologisch orientiert ausrichten.

Der öffentliche Nahverkehr muss intensiver in die Planungen einbezogen werden. Langfristig wünschen wir uns nach wie vor ein City-Bus-System, welches Außenbereiche und Innenstadt im Taktverfahren verbindet. Um den ÖPNV attraktiver zu machen und den Standort Coesfeld wirtschaftlich zu stärken, setzen wir uns für einen Zughaltepunkt Schulzentrum-Coesfeld-Nord ein. Durch den Bau des Theaters am WBK wird dieser Haltepunkt zusätzlich interessanter. Die von uns beantragten Wartehäuschen an Bushaltestellen müssen endlich gebaut werden, damit die Fahrgäste nicht weiter im Regen stehen. Eine kontinuierliche Überprüfung der Vernetzung von Bus und Bahn würde zusätzliche Anreize für die Benutzung schaffen.

Wir wollen, dass unser Bahnhof endlich saniert und verschönert wird, damit einer attraktiven Nutzung der Weg geebnet wird. Auch das Thema Freitagsnachtbus werden wir weiter im Auge behalten.

Als Alternative zum motorisierten Individualverkehr kommt dem Fahrrad eine bedeutende Rolle zu. Wir wünschen uns weitere Fahrradstraßen und einen verbesserten Ausbau des Wegenetzes.

Klimaschutz vor Ort / Global denken – lokal handeln

Klimaschutz ist die größte umweltpolitische Herausforderung unserer Zeit, gleichzeitig eine große Chance für Innovation und Arbeitsplätze. Viele Investitions- und Planungsentscheidungen der Kommune haben ganz konkrete Auswirkungen auf Energieverbrauch und CO2-Ausstoß.

Der künftige Energieverbrauch von Neubaugebieten gehört neben den kommunalen Gebäuden zu den Bereichen, in denen eine Gemeinde unmittelbaren Einfluss auf die Realisierung von Energiesparmaßnahmen hat. Die Bauentscheidungen von heute legen den Energieverbrauch der nächsten Jahrzehnte fest. Eine nachhaltige Energiepolitik in der Kommune muss nicht mit zusätzlichen Kosten verbunden sein - im Gegenteil - sie ist oft ein Beitrag zur Entlastung des Haushaltes. Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien sind die Vorgaben für dieses Ziel.

Mehr Grüne ins Rathaus

Jugend, Familie, Senioren und Soziales

Kindergärten und Kindertagesstätten sind wichtige Einrichtungen zur Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern.

Die Eltern erwarten zu Recht ein differenziertes und wohnortnahes Angebot, das Ihren Interessen und natürlich auch den Bedürfnissen der Kinder gerecht wird. Dieser Erwartung stehen einige Probleme entgegen: Die Zahl der Kinder im Kindergartenalter (3 bis 6 Jahre) wird laut Hochrechnung der Stadtverwaltung von jetzt 1269 Kinder auf 1000 Kinder im Kindergartenjahr 07/08 zurückgehen!

Bezogen auf einzelne Stadtteile sind allerdings deutliche Unterschiede und gegenläufige Trends zu erwarten: Für Laurentius ist ein Rückgang von jetzt 254 auf 170 Plätzen, für Jakobi eine Steigerung um ca. 30 % im Kindergartenjahr 07/08 zu erwarten und für Lette und Goxel zunächst eine moderate Steigerung, bevor hier ein abrupter Nachfragerückgang eintreten wird. Diese prognostizierten Entwicklungen machen es schwierig wohnortnah im gewünschten Umfang Kindergartenplätze bereit zu halten.

Durch eine weiterhin jährliche Fortschreibung der „Bedarfsplanung für Tageseinrichtungen für Kinder“ ist die Entwicklung zu beobachten, um frühzeitig in der Zusammenarbeit mit den Eltern und den Trägern der Einrichtungen erforderliche Maßnahmen einleiten zu können. Fragen der Kinderbetreuung sind auch bei Maßnahmen zur Wohnraumschaffung zu bedenken.

Laut Beschluss des Ausschuss für Jugend und Familie soll für 5% der Kinder unter drei Jahren ein Platz für die Ganztagesbetreuung bereitgestellt werden. Tatsächlich besteht in Coesfeld nur ein Angebot für 1,9 % der Kinder dieser Altersgruppe. Damit wurde weder das gesteckte Ziel noch der Durchschnitt der westlichen Bundesländer (2,7%) erreicht. Im Interesse der Kinder und der Eltern ist daher die Einrichtung weiterer Kindertagesstätten einzuleiten! Hierbei ist auch auf die gesetzlich vorgeschriebene Trägervielfalt zu achten.

Als weiteres Thema, sind die Kinder die noch im laufenden Kindergartenjahr das Alter von drei Jahren erreichen und somit einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz erhalten – zu benennen. Die Gewährleistung dieses Rechtsanspruches bereitet

Schwierigkeiten. Auch wenn es bisher noch nicht zu einer Klage gekommen ist, so sollte doch schrittweise die Zielversorgungsquote von 12 % auf 20 % angehoben werden.

Jugendarbeit – Betreuung von Migranten

Das Jugendamt der Stadt Coesfeld ist in den letzten Jahren kreativ und verantwortungsbewusst mit dem engeren finanziellen Rahmen umgegangen. Der Regentschaft des Rotstiftes zum Trotz konnten z.B. die Eigenart 03, der Bauspielplatz, die Stadtranderholung, Rapomania, und die Fabrik ab 12 durchgeführt werden. Im Jugendhaus Stellwerk haben LAN-Partys, Konzerte und andere Aktionen und Maßnahmen stattgefunden, die mobile Jugendarbeit wie auch die offene Hausaufgabenbetreuung konnten aufrecht erhalten werden. Trotzdem ist der Jugendarbeit wieder mehr Aufmerksamkeit zu widmen: Die Früchte gegenwärtiger Sparmaßnahmen werden wir in späteren Jahren ernten.

Wir werden uns daher dafür einsetzen, die finanziellen und personellen Mittel für die Jugendarbeit wieder schrittweise zu erhöhen. Wir wünschen uns, Jugendliche über Beirat oder Parlament stärker in die Entscheidungsfindung einbeziehen und damit auch Politik konkret erlebbar und gestaltbar zu machen.

Menschen in besonderen Problemlagen bedürfen weiterhin unsere Solidarität und unsere Unterstützung. Die soll u. a. geschehen, durch Stärkung von Institutionen wie Zartbitter, Havixbecker Modell, Pfauengasse u.a..

Für Kinder mit Migrationshintergrund sind ansprechende Freizeitangebote erforderlich, die zu einer Integration in unsere Gemeinde führen, nicht aber die Isolation weiter verfestigen. **Jugendliche die in Coesfeld leben sind unsere Coesfelder Jugendlichen, gleich in welchem Ort sie geboren worden sind!**

Der demographische Wandel ist auch an der größer werdenden Anzahl älterer Menschen ablesbar. Unsere Senioren erwarten zu Recht Wohnmöglichkeiten, die ihnen ihre Selbstständigkeit so lange wie möglich erhält. Dies bedeutet neben dem entsprechenden Wohnraum auch alle Aspekte einer Nahversorgung mit Produkten für den täglichen Bedarf.

Mehr Grüne ins Rathaus

Schule, Sport und Kultur

Schule der Zukunft sollte nicht die Schüler nach Leistungen und Fähigkeiten sortieren und selektieren, sondern es muss eine Basis geschaffen werden, damit Integration und Förderung von Kindern mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen möglich wird.

Miteinander lernen und voneinander lernen - statt Trennung und Konkurrenzdruck. Mehr fördern statt selektieren und aussortieren. Die Lehrerausbildung sollte grundlegend reformiert werden, mit dem Ziel, die Lehrer als Pädagogen auszubilden, damit diese die Schüler begleiten und unterstützen in dem Prozess, eigenständiges Denken und Handeln selbständig und kooperativ zu lernen (siehe Pisa- finnisches Schulsystem)

Aufgrund der demografischen Entwicklung prognostizierte der Schulentwicklungsplan für Coesfeld einen deutlichen Rückgang der Schülerzahlen bis zum Jahr 2008. Dies veranlasste die Verwaltung, im Einklang mit der CDU, 3 Grundschulen, in einem gestaffelten Zeitrahmen zu schließen. Im Schnellverfahren, was zu massiven Bürgerprotesten führte, die im ersten Bürgerentscheid in Coesfeld endeten.

Den Handlungsbedarf sahen wir auch, hatten auch Alternativvorschläge eingebracht, konnten aber letztendlich den Plan der Mehrheitsfraktion nicht verhindern. Was bleibt ist jedoch die Lehre aus dieser Geschichte: Mehr Bürgerbeteiligung!

Ja zur offenen Ganztagschule

Wir sagen ja zu der offenen Ganztagschule. Sie ist die Entwicklungsstufe auf den Weg zur allgemeinen Ganztagschule. Schule wird Ort der Gemeinschaft und die Schüler erfahren hier Anerkennung, Akzeptanz, Unterschiedlichkeit und damit eine Grundlage für ein demokratisches Lernen. Sie ist die notwendige Konsequenz aus unserer gesellschaftlichen Veränderung (Berufstätigkeit beider Eltern, Alleinerziehende). Sie bietet eine ergänzende Unterstützung der Familien (z.B. Schulaufgabenbetreuung) und gibt Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit über die schulischen Lerninhalte hinaus, an einem größeren Bildungsangebot teilzunehmen (Musik, Sport, Theater).

Finanzmittel zur Verfügung stellen

Wir setzen uns weiter dafür ein, dass ausreichende finanzielle Mittel für Renovierung und auch Verschönerung der Schulen im Haushalt zur Verfügung stehen. Wir wollen das baubiologische Grundsätze, regenerative Energieformen, Begrünung der Gebäude und kinderfreundliche Schulhöfe Beachtung finden.

Sport weiter fördern

Kommunale Sport- und Freizeitpolitik ist in erster Linie Sportförderung durch Bereitstellung von Finanzmitteln für den Breiten- und Schulsport. Da gerade Vereine und Verbände auf diesem Gebiet enorme gesundheitspolitische Arbeit leisten, muss die kommunale Sportförderung unter dem Aspekt einer gesunden Stadtentwicklung, ein ganz wichtiges Element bleiben.

Es sind die Sportvereine, die Jugendeinrichtungen, die Kulturinitiativen, um nur einige zu nennen, die mit ihrem vielfältigen Engagement und ihren Aktivitäten wichtige Arbeit in unserer Gemeinde leisten. Sie bieten Vieles von dem, was Coesfeld lebendig und liebenswert macht, und sie leisten gemeinnützige ehrenamtliche Arbeit, durch die sich Coesfeld positiv charakterisiert.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch in Zukunft die finanzielle Unterstützung so gestaltet wird, dass die wertvolle Arbeit der Vereine nicht gefährdet wird.

Kunst und Kultur – wichtige Bestandteile des Lebens

Kunst und Kultur nicht vernachlässigen: Grüne Kulturpolitik will Möglichkeiten schaffen, die Entwicklung und Kreativität eines Jeden zu fördern. Sie richtet sich nicht nach kommerziellen Gesichtspunkten, sondern setzt dem Vielfalt, Andersartigkeit und Kreativität entgegen.

Neben Kunst Musik, Literatur, Tradition, Brauchtum und Bildung sollte auch der multikulturelle Austausch durch Feste und Veranstaltungen mit Vorträge, Musik, Tanz und Lukullisches gezielt in unser Kulturprogramm einbezogen werden.

Mehr Grüne ins Rathaus

Bezirksausschuss Lette

Mit Sicherheit gibt es Beispiele, wo selbst Grüne vor Ort den Sinn einer Ortsumgehung einsehen und mittragen. Den Sinn der nun im Bau befindlichen östlichen Ortsumgehung können wir jedoch gerade nach den neusten Planungen in keiner Weise erkennen. Die alte Ortsdurchfahrt wird weiter für den Schwerlastverkehr der Firmen Ernsting und Scholz genutzt. Es scheint vorprogrammiert, dass weitere Firmen folgen werden, da das auf der Westseite des Ortes gelegene Industriegebiet an der Bruchstraße nicht an die Umgehungsstraße angeschlossen ist. Auch soll die alte Ortsdurchfahrt entgegen früheren Planungen und Versprechungen nicht für den Durchgangsverkehr gesperrt werden, der weiterhin in einem nicht unbeträchtlichen Ausmaß durch den Ort rollen wird.

Die Grünen haben diese verfehlte Straßenneubau – und Ortskernentwicklungspolitik, deren Unsinn sich im Nachhinein in aller Deutlichkeit erweist, von Anfang an abgelehnt. Wir treten hingegen dafür ein, auf Straßenneubauten zu verzichten und die freien Gelder besser in den Erhalt des vorhandenen Straßennetzes, also für dringend notwendige Reparaturen, in die Fußgänger/innen und fahrradfreundliche Umgestaltung des Straßenraumes und Maßnahmen zur Entschleunigung des Verkehrs zu stecken.

Da der einmal angedachte Rückbau der Coesfelder Straße im Ortsbereich Lette zur Zeit nicht finanzierbar ist, unterstützen wir auf jeden Fall die Umgestaltung der Ortsdurchfahrt als Wohn- und Geschäftsstandort, die Geschwindigkeitsreduzierung in diesem Bereich, die Schaffung von mehr Raum für Fußgänger und Radfahrer und die Stärkung des historischen Ortsmittelpunktes.

Allerdings muss der vorhandene, Jahrzehnte alte Baumbestand auf dem „Alten Kirchplatz“ unbedingt erhalten bleiben. Das gilt auch für die Aufmauerung der ersten Kirche und die Pflasterung mit den Grundrissen der drei alten Kirchen als historisches Denkmal. Der Erdhügel mit größeren Bäumen und Sträuchern erscheint ebenfalls in seiner Schutzfunktion erhaltenswert, da die alte Ortsdurchfahrt in Zukunft keinesfalls als verkehrsberuhigt bezeichnet werden kann.

Neue Baugebiete sinnvoll platzieren

Außerdem treten wir dafür ein, dass neue Baugebiete nicht an der neuen Umgehungsstraße bzw. zwischen neuer Umgehungsstraße und alter Ortsdurchfahrt („Großer Esch“) ausgewiesen werden, da die neuen Bewohner wieder dem Lärm und der Luftverschmutzung durch diese Straßen ausgesetzt sind. Sie sollten vielmehr an ruhigen und unbelasteten Standorten entstehen, andernfalls könnte bald der Ruf nach einer neuen Umgehungsstraße laut werden.

Die Erweiterung der Kardinal-von-Galen-Schule und ihre baldige Einrichtung als "Offene Ganztagschule" unterstützen wir in jeder Hinsicht. Auch die Schaffung eines Multifunktionsraumes für kulturelle Veranstaltungen und Versammlungen fordern wir in diesem Zusammenhang.

Johannes-Schule sinnvoll nutzen

Bei den Planungen zur zukünftigen Nutzung der Johannes-Schule haben sich die Grünen für die Einrichtung von Altenpflegewohnungen und altengerechten Wohnungen eingesetzt. Wir unterstützen dabei auch die Einrichtung eines Multifunktionsraumes und einer Cafeteria, um Möglichkeiten für die Begegnung und die gemeinsame Freizeitgestaltung von Bewohnern der Einrichtung sowie Einwohnern des Ortes zu schaffen.

Dabei legen wir auch besonderen Wert sowohl bei dieser Einrichtung als auch bei zukünftig auszuweisenden Wohngebieten auf die Berücksichtigung von Aspekten der umweltfreundlichen Energiegewinnung und die Erhaltung der natürlichen Umwelt.

In der Verkehrspolitik haben wir die Vorstellung von einem Citybus für Coesfeld und Lette noch nicht aufgegeben, der aber ohne städtische Subventionsgelder nicht zu verwirklichen ist.

Auch die Einbeziehung Lettes in ein auszuweitendes Nachtbusangebot liegt uns im Interesse der Letteraner Jugend am Herzen.

Mehr Grüne ins Rathaus

Energie vor Ort

Mit der grünen Regierungsbeteiligung in Land und Bund haben wir die Energiewende eingeleitet. Die Weichen sind gestellt für den Ausstieg aus der nicht beherrschbaren Atomenergie und den Einstieg ins Solarzeitalter.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und verschiedene Förderprogramme, wie etwa das Ren-Programm in Nordrhein-Westfalen, haben bei den regenerativen Energien einen Boom ausgelöst, tausende neue Arbeitsplätze sind entstanden, und Deutschland ist nun Weltmeister bei der Windkraftnutzung.

Der Rahmen ist Gesetz. Die Umsetzung der Energiewende erfordert entsprechende Entscheidungen vor Ort. Den Städten und Gemeinden kommt hier eine Schlüsselrolle und Vorbildfunktion zu. Viele Investitions- und Planungsentscheidungen der Kommune haben ganz konkrete Auswirkungen auf Energieverbrauch und CO₂-Ausstoss.

Durch Einsparung Geld verdienen

Im Durchschnitt wendet eine Kommune in NRW 30 EURO pro Jahr und Einwohner an Energiekosten für ihre eigenen Gebäude und Liegenschaften auf. Legt man diesen Wert für Coesfeld zugrunde, belaufen sich die jährlichen Gesamtkosten auf ca. 1,1 Millionen Euro. Diese Zahl verdeutlicht, dass Einsparungen von nur wenigen Prozent, die meist ohne große eigene Investitionen erreichbar sind, erhebliche Entlastung für den Haushalt bedeutet.

Schon durch einfachste Maßnahmen wie z. B. Hinweise an die NutzerInnen auf angepasstes Verhalten, lassen sich 10 % und mehr des Energieverbrauches einsparen. Sinnvolle Investitionen in Gebäudesubstanz, Heiz- und Beleuchtungstechnik, die sich nach kurzer Zeit durch Energieeinsparung amortisieren, könnten kurzfristig und auch bei schwieriger Haushaltssituation der Kommune durchgeführt werden.

Für aufwendige Investitionen wie z. B. umfangreiche Gebäudesanierungen, Einbau neuer Heizungsanlagen usw. schlagen wir – wo immer möglich und wirtschaftlich sinnvoll – den Abschluss von sog. „Contracting-Vereinbarungen“ mit spezialisierten Fachfirmen der Energiebranche vor.

Das Dach vom Rathaus wird zum Kraftwerk

Die durch das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) garantierte Einspeisevergütung macht es möglich. Mit einer Photovoltaik-Anlage wird das Dach zum Kraftwerk. Genauso wie bei immer mehr Privathäusern, können auch die Dächer der kommunalen Gebäude in Coesfeld zu Solarkraftwerken werden und einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten.

Holz – Renaissance eines Energieträgers

Holz war Jahrhunderte lang der Energierohstoff schlechthin. Kohle, Öl und Gas haben Holz im Zuge der Industrialisierung verdrängt. Klimaveränderungen, Tankerunglücke, steigende Ölpreise und nicht zuletzt Krieg um Öl tragen jedoch zu einer Rückbesinnung auf den regional und krisensicher verfügbaren Energieträger Holz bei. Hinzu kommen neue Technologien zur optimalen Nutzung von Holz, die eine Anwendung mit den üblichen Komfortstandards ermöglicht. Wir möchten, dass in kommunalen Gebäuden der Ersatz von abgängigen und ineffizienten Gas- oder Ölheizungen durch moderne Holzheizungsanlagen konkret überprüft und wo immer möglich durchgeführt wird.

Der Landwirt als Energiewirt

Die Landwirtschaft steht vor einer aus vielen Gründen zunehmend schwierigen Situation. Deswegen sollten alle Optionen, zusätzliche Wertschöpfung in der Landwirtschaft zu erzielen, genutzt werden. Landwirte besitzen die Freiflächen für Windkraftanlagen, können die Dächer ihrer Wirtschaftsgebäude für Photovoltaik nutzen, produzieren aus Resten und Abfällen der landwirtschaftlichen Produktion, aber auch mit gezielt angebauten, nachwachsenden Rohstoffen in Biogasanlagen Wärme und Strom und liefern mit Rüben und Raps die Grundstoffe zur Produktion biogener Treibstoffe. Die Stadt Coesfeld sollte diese Entwicklung in der Landwirtschaft im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen, denn sie bedeutet lokale Wertschöpfung und Arbeitsplätze auf dem Land.

Mehr Grüne ins Rathaus

Aus der Region frisch auf den Tisch

Es gibt zahlreiche Gründe, warum sich Kommunen für die Landwirtschaft und zunehmend für den ökologischen Landbau einsetzen: Umweltbezogene Überlegungen wie Boden- und Grundwasserschutz, Schutz der Pflanzen- und Tierwelt, Biotopschutz, Landschaftspflege und Verminderung der Umweltbelastung sind Motive für die Förderung der Landwirtschaft auf regionaler Ebene.

Der Wunsch nach einer gesunden Ernährung und die Versorgung der Bevölkerung mit frischen Produkten aus der Region gewinnt immer mehr an Interesse.

Tierschutz für Nutztiere

Wir setzen uns für eine artgerechte Nutztierhaltung ein. Eine ökologische Tierhaltung verzichtet auf die Massentierhaltung, auf Hormonbehandlungen zur Wachstumsbeschleunigung und auf die unnötige Gabe von Antibiotika als Futtermittelzusatz. Bei der ökologischen Viehwirtschaft werden die Tiere artgerecht gehalten und nahezu ausschließlich mit betriebseigenen Futtermitteln ernährt. **Mit NRW-Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konsequent für die Bodenhaltung von Hühnern und gegen die Tierquälerei der Käfighaltung ein.**

Keine High-Tech-Nahrung

Die VerbraucherInnen legen zunehmend Wert darauf zu wissen, woher ihre Lebensmittel kommen und wie sie erzeugt werden. **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen den Anbau und Verkauf gentechnisch veränderter Nutzpflanzen als Nahrungsmittel ab. Der ökologische Landbau verzichtet auf den Einsatz von High-Tech-Pflanzen.** Obst und Gemüse werden in traditioneller Weise angebaut. Auf den Einsatz mineralischer Stickstoffdünger und chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel wird bewusst verzichtet. Der heimische Ökolandbau produziert und vertreibt Obst und Gemüse von hoher Qualität aus der Region für die Region.

Nachfrage nach gesunden Lebensmitteln aus der Region sichert Arbeitsplätze in der Landwirtschaft

Die Zahl der ökologisch anbauenden Betriebe wächst jährlich um rund 10 Prozent. Für ein dauerhaftes Wachstum des Ökolandbaus wollen wir uns auch auf kommunaler Ebene einsetzen.

Da der ökologische Landbau zu der Gewinnung von sauberem Trinkwasser beiträgt, müssen die kommunalen Wasserversorger diese Leistung der Ökobetriebe auch finanziell honorieren.

In den letzten Jahren hat sich der Graben zwischen Landwirtschaft und Umweltverbänden etwas verringert. In den Kommunen kann die Annäherung und das Verständnis füreinander weiter vorangetrieben werden mit dem Ziel, die umweltgerechte Bewirtschaftung auszuweiten.

Dazu ist es notwendig:

- Runde Tische für LandwirtInnen und Umweltverbände einzurichten.
- Öffentlichkeitsarbeit der Kommunen und Landkreise über ökologische Wirtschaftsweise und Beratung der Landwirte über entsprechende Fördermöglichkeiten zu entwickeln und auszubauen.
- Vermarktungsmöglichkeiten für ökologische Produkte ausbauen

Die Lebensgrundlagen schützen

Hinter allem steht ein zentrales Anliegen: **Wir wollen mit regionaler Vermarktung und ökologischem Anbau ein gesundes und genussreiches Nahrungsangebot sicherstellen und zugleich die Umwelt und das Klima schonen.**

Gesunde Ernährung aus heimischer Produktion

Frauen mit an die Macht

Die Interessentinnen alternativer Politik finden bei den Grünen ein breites Betätigungsfeld. Gerade durch die Quotierung werden Frauen zum Mitmachen in allen Gremien auf Kreis- Landes- und Bundesebene aufgefordert. Durch unsere paritätische Besetzung ist gewährleistet, dass Fraueninteressen wirklich berücksichtigt werden.

Gleichberechtigung noch nicht erreicht

Von einer tatsächlichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen sind wir trotz gesetzlicher Verankerung immer noch meilenweit entfernt. Frauen haben die besseren Schul- und Hochschulabschlüsse und doch ist ihr Anteil an den Führungspositionen in Politik und Gesellschaft nicht ausreichend. In der Kommunalpolitik sind Frauen noch immer deutlich unterrepräsentiert. Es entscheiden also immer noch mehrheitlich Männer in der Politik, obwohl die Konsequenzen der Entscheidungen auf kommunaler Ebene überwiegend Frauen, Kinder und Jugendliche betreffen. Eine wichtige Voraussetzung für kommunale Frauenpolitik ist die Umsetzung der Gleichstellungsvorgaben nach der Gemeindeordnung und dem Landesgleichstellungsgesetz.

Grüne vor Ort setzen sich z.B. dafür ein,

- dass die Stadt und Gemeindeentwicklung frauenspezifischen Ansprüchen gerecht wird,
- dass die Erwerbstätigkeit von Frauen, insbesondere Alleinerziehende, nicht am Fehlen kostengünstiger Kinderbetreuungseinrichtungen mit flexiblen Betreuungszeiten scheitert,
- dass Beratungsstellen, Notrufe und Frauennotunterkünfte bedarfsgerecht gefördert und in ihrer Autonomie gestärkt werden,
- dass für Frauen der gleiche Zugang zum Arbeitsmarkt geschaffen wird.

Finanzrahmen zukunftsfähig gestalten

Die öffentlichen Kassen sind leer, die Schuldenberge in den Kommunen werden immer größer. Die Wahlgeschenke der Politikerinnen und Politiker von heute sollen die Generationen von morgen zahlen. **Ein tolles Erbe!**

Die Politik vor Ort muss sich ihrer Verantwortung für die nächste Generation wieder bewusst werden. Wir müssen die Schuldenspirale durchbrechen. Der finanzielle Spielraum des städtischen Haushalts ist in den letzten Jahren zunehmend enger geworden. Dies hat mehrere Gründe. Da ist z.B. die Situation das Bund und Land in der Vergangenheit zunehmend Kosten auf die Kommunen abgewälzt haben. Der erste Schritt hin zu einer besseren Finanzausstattung der Kommunen ist durch Rot-Grün getan, wir wünschen uns aber weitere Maßnahmen. Die Situation ist aber auch hausgemacht, denn anstatt der stetigen Höherverschuldung durch konsequentes Sparen entgegen zu wirken, hat die Verschuldung der Stadt inzwischen bedrohliche Ausmaße angenommen. Alle Ausgaben, abgesehen von der sozialen Grundversorgung, gehören auf den Prüfstand und sind im Sinne der Nachhaltigkeit zu überprüfen.

Ziele bündnisgrüner Finanzpolitik:

Solide, nachhaltige Finanzpolitik auf kommunaler Ebene bedeutet,

- dass die Neuverschuldung kurz, und mittelfristig reduziert wird und langfristig ein Schuldenabbau stattfindet.
- dass Investitionen nicht grundsätzlich „auf Pump“ finanziert werden und unsinnige Investitionen durch verstärkte regionale Abstimmung vermieden werden.
- bei jeder Investition muss eine realistische Folgekosten-schätzung vorgenommen werden, damit der tatsächliche Finanzaufwand einer Maßnahme bekannt wird und mit kalkuliert wird.
- eine sichere kalkulierbare Finanzausstattung von Bund und Land.

Kommunale Wirtschaftspolitik

In vielen Gemeinden und Städten des Landes entstehen neue großflächige Gewerbe- und Industrieflächen oder sind in Planung. Eine Nutzungsoptimierung im Sinne von Flächeneinsparung ist nicht vorgesehen.

Boden ist ein nicht vermehrbares Gut, mit dem zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sparsam umgegangen werden muss.

Deshalb ist bei der kommunalen Flächenpolitik insbesondere für Gewerbe- und Industrieflächen darauf zu achten, dass

- ein entsprechender Bedarf für die spätere Nutzung in der Größenordnung tatsächlich vorliegt
- brachliegende Gewerbeflächen neu aktiviert werden

Die kommunale Wirtschaftspolitik ist aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den folgenden Grundsätzen verpflichtet:

- Sie muss sich an den Beschäftigungs- und Lebensbedürfnissen der Menschen in den Kommunen orientieren und diese verbessern.
- Sie muss dazu beitragen, ökologisch sinnvolle, regionale Wirtschaftskreisläufe der kurzen Wege zu entwickeln.
- Sie muss eine aktive Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik auf kommunaler Ebene betreiben.

Für eine moderne Wirtschaftspolitik

Die kommunale Wirtschaftsförderung muss darauf achten, dass die Versorgung der BürgerInnen insbesondere mit den Gütern des täglichen Bedarfs wohnortnah und gut erreichbar sichergestellt wird. Vorhaben zur Errichtung von weiteren Großhandelsmärkten sollten sehr kritisch geprüft und dem Erhalt und der Vielfalt des Einzelhandels der Vorzug gegeben werden. Dafür sprechen nicht nur städtebauliche Gründe, sondern auch die Anzahl und Qualität von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie die besseren Möglichkeiten zu Vermarktung von regional erzeugten Gütern.

Neue Mehrheiten für Coesfeld

Die Zeit in Coesfeld ist reif für einen politischen Wechsel. Die schon über Jahrzehnte existierende Mehrheitspolitik der CDU muss ein Ende haben. Wir brauchen für Coesfeld andere Mehrheiten mit neuem Schwung und neuen Ideen.

Mehr Bürgerbeteiligung praktizieren

Das Papiertonnenthema, das Schulthema und das Freibadthema haben gezeigt, dass die BürgerInnen an politischen Entscheidungsprozessen stärker als zuvor beteiligt sein möchten.

Diese Möglichkeit muss über den gesetzlichen Rahmen hinaus geschaffen werden, damit die BürgerInnen nicht das Gefühl haben, wie in der Vergangenheit geschehen, dass über ihre Köpfe hinweg schon alles beschlossen ist.

Bündnis 90/Die Grünen wählen ist mehr als nur den Umweltschutz wählen, dieses haben wir in der Vergangenheit bewiesen, und möchten dies auch in Zukunft tun.

**Deshalb geben sie uns
am 26. September Ihre Stimme!**

**Eine Stimme mit der Sie uns zu mehr Mandaten im
Rat der Stadt Coesfeld verhelfen.**

Grün wählen

Mehr Grüne ins Rathaus



**Wir haben die Erde
von unseren Kindern
nur geborgt!**



Mehr Grüne ins Rathaus